

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Ulrich Huber

Sonntag, den 27. März Landtagswahl 2011

BLICKPUNKT Nr. 01

Januar 2011

Jahrgang 40

Wilhelm Benz unser Kandidat im Gespräch Fragen u. Antworten zur Landtagswahl 2011 - Warum kandidiert die DKP? -

BLICKPUNKT-Frage: „Viele Bürgerinnen und Bürger in Heidenheim und Umgebung stellen sich die Frage, warum und weshalb stellt sich die DKP Heidenheim überhaupt zur Wahl für den Landtag von Baden-Württemberg? Besser wäre es doch, die DKP würde zu Gunsten der Partei Die Linke verzichten.“

Wilhelm Benz: Eine Frage, die mich bei Wahlen seit ich in der DKP organisiert bin immer auf's Neue beschäftigt. Zunächst stelle ich fest, wir sind wie jede andere Partei eine eigenständige Partei. Auch wir haben mit unserer marxistischen Weltauffassung ein Anrecht, uns bei Wahlen, ob kommunale oder überregional, für Parlamentssitze zu bewerben. Und im Übrigen halte/n ich/wir es für gerechtfertigt, links neben der Partei Die LINKE, gerade bei Wahlen, unsere politische Meinung einzubringen.

BLICKPUNKT-Frage: Aber bei Parlamentswahlen ist es doch besser, dass linke Parteien gemeinsam antreten um Kräfte zu bündeln, um so den parlamentarischen Einfluss zu stärken?

Wilhelm Benz: Diese Frage ist mir persönlich und uns in der DKP nicht fremd. Uns Kommunistinnen und Kommunisten liegt viel daran, bei Wahlen die Kräfte links der Mitte zu bündeln. Wir sprechen dann von linken Wahlbündnissen und sind auch zu solchen bereit. Ich denke, es kann von uns nicht verlangt werden, unsere parteipoliti-

sche Identität aufzugeben, nicht zu kandidieren und dann noch aufzurufen, eine andere Partei zu wählen. Für uns als kleine DKP ist eine eigenständige Kandidatur immer ein Kraftakt. Kandidatensuche und die Erfüllung aller Wahlformalitäten ist für

uns nicht einfach. Ein Wahlbündnis ist ein zu Bundestags-, Landtags- oder Kommunalen zwischen eigenständigen Parteien vereinbartes Bündnis mit dem Ziel Wählerpotentiale zu bündeln. Trotz unterschiedlichen auch ideologisch-politischen Auffassungen müssen die Bündnispartner zueinander von gleichberechtigter und gegenseitiger Wertschätzung ausgehen können und müssen im politischen Wahlziel Übereinstimmung erzielen. Ein Wahlbündnis ist auch ein Bündnis auf Zeit. Solche Bündnisse zu schaffen, bedarf einer langen Vorbereitung und gegenseitige politische Achtung. Bündnisse zu schmieden sind nicht einfach. Aber solche Bündnisprozesse mit anderen Organisationen zu gestalten sind wir grundsätzlich bereit. Es ist aber nicht einfach und von allen Beteiligten muss ein überzeugender, auf die politischen Ziele gerichteter, kein taktischer Bündniswille erkennbar sein.

BLICKPUNKT-Frage:

Mit welchen politischen Zielen geht denn der DKP Kandi-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Wilhelm Benz
Verkäufer

geb.: 19.11.1953

GBR-Vorsitz. Rewe UE GmbH
DGB Heidenheim 2. Vorsitzender
Unser Erstkandidat für die
DKP Heidenheim und für Sie!



(Fortsetzung von Seite 1)

dat in den Landtagswahlkampf?

Wilhelm Benz: Ich bin überzeugt, dass alle Parteien links der Mitte, auch die Grünen, mit der Auseinandersetzung gegen den Tiefbahnhof Stuttgart 21 ihren politischen Schwerpunkt haben. Auch die DKP steht auf der Seite des Protests. Für uns sind auch andere Politikfelder von Bedeutung. Ich halte es für verfassungswidrig, dass das Kul-



Der Bundeswehr - InfoBus eine Woche auf dem Schulgelände der Berufsschule Clichystraße

tusministerium mit der Bundeswehr einen Kooperationsvertrag abgeschlossen hat, wonach die Bundeswehr zur Werbung von Soldaten in den Schulen, Gymnasien und Universitäten einen leichteren Zugang erhalten soll. Diese Art „Kanonenfutter“ zu rekrutieren halten wir für einen Skandal. Jugendoffiziere haben an den Schulen nichts zu suchen. Bildungspolitik muss frei sein von Soldaten und Kriegsromantik. Die Erziehung unserer Jugend zum Humanismus, zur Friedensliebe, wie es unsere Landesverfassung zum Ausdruck bringt, duldet keine Bundeswehr an unseren Schulen. Der Kooperationsvertrag muss weg. Dafür werben wir um Ihre Zustimmung.

BLICKPUNKT-Frage: Um solche Ziele umzusetzen braucht die DKP eine parlamentarische Mehrheit. Eine solche Mehrheit erreicht die DKP nicht. Sind es verlorene Stimmen?

Wilhelm Benz: Aber jede Stimme für die DKP ist eine Stimme für unsere Ziele, ist eine Stimme gegen Mappus und gegen die CDU/FDP Politik im Ländle. Eine Stimme für mich, für die DKP, ist doch keine verlorene Stimme.



Landespolitische Forderungen der DKP

Baden-Württemberg muss entmilitarisiert werden.

Das Kommando Spezialkräfte in Calw, die Speerspitze einer Bundeswehr, die nicht mehr für Landesverteidigung, sondern für weltweite Interventionen zuständig ist, muss abgezogen und aufgelöst werden. Die Bevölkerung muss wissen, was diese geheime Spionage- und Killer-Truppe treibt. Wir wollen keine Hauptquartiere für weltweite Kriegsführung wie Eucom und Africom in Baden-Württemberg. Wir brauchen Konversionsprogramme für die Rüstungsindustrie und eine Sondersteuer für Rüstungsprofite. Rüstungsforschung hat an den Hochschulen des Landes nichts verloren und muss verboten werden. In entsprechenden Zivilklauseln ist dieses Verbot zu verankern, den Studierenden und Beschäftigten sind dabei wirkungsvolle Kontrollrechte einzuräumen. Die Strukturen einer Geheimarmee (zivil-militärische Zusammenarbeit) für den

Einsatz im Inneren, wie sie überall in Städten und Landkreisen eingerichtet wurden, sind unverzüglich aufzulösen und offen zu legen. Das Gesundheitswesen darf nicht für militärische Interessen missbraucht werden. Die Militarisierung des öffentlichen Raumes durch öffentliche Gelöbnisse und Werbeveranstaltungen für die Bundeswehr muss gestoppt werden. Wir fordern die Stilllegung der NATO-Pipeline, die quer durch Baden-Württemberg verläuft.



Johann Holzheu

Dipl. Pädagoge

geb.: 03.08.1944

Unser Ersatzkandidat für die DKP Heidenheim und für Sie



Energie und Wasser

Die Energie- und Wasserversorgung gehört in öffentliche Hand und darf nicht den Profitinteressen der Konzerne überlassen werden. Der Preistreiberei der Energiekonzerne muss ein Riegel vorgeschoben werden. Die Kopplung von Öl- und Gaspreis muss abgeschafft werden. Die Atomkraftwerke in Baden-Württemberg sind als Sicherheitsrisiko unverzüglich still zu legen. Wir brauchen ein landesweites Programm zur Förderung regenerativer Energien. Wir unterstützen alle Initiativen, die sich das Ziel gesetzt haben, die Wasser- und/ oder Energieversorgung zu rekommunalisieren und wieder eigene Stadtwerke zu gründen.



Finanzierung: „Geld ist genug da!“

Geld ist genug da! Es ist nur in den falschen Händen. Die großen Konzerne machen gigantische Profite und bilden riesige Kriegskassen für weltweite Übernahmeschlachten. Diese Profite müssen für soziale Aufgaben und die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Statt Sozialprogramme zu kürzen und die „kleinen Leute“ mit höheren Gebühren, Abgaben und Steuern zu belasten, muss das Geld dort geholt werden, wo es ist: Bei den Konzernen und Banken, bei den Reichen. Eine Millionärsteuer muss her und die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden.



Sozial is'muss!

DKP Stadtrat Püschel

Zur Landes- und Kommunalpolitik

Welche Zusammenhänge und Auswirkungen sieht die DKP auf die örtliche Kommunalpolitik?

BLICKPUNKT-Frage: Der DKP ist bekannt, dass die Landespolitik des Herrn Mappus direkte Auswirkungen auf unser Stadt hat. Gibt es dazu Beispiele?

Stadtrat Püschel: Zwei Beispiele möchte ich ansprechen: So verbleibt z.B. vom Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 15,8 Mio. Euro, nach Abzug der vom Land festgelegten Umlage an sich selbst ein Betrag von 2,8 Mio. Euro in der Stadtkasse. Das zweite Beispiel: Die Mappus-Regierung zwingt den Kommunen von Baden-Württemberg ein neues kommunales Haushaltsrecht, genannt DOPPIK auf. Ein Haushaltsrecht, das die einfache Einnahmen / Ausgabenrechnung in ein dem betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen angepasstem System umwandelt. Diese unsinnige Umwandlung kostet den Steuerzahler in Heidenheim eine runde Million. Mein Antrag an den Gemeinderat diesem unsinnigen Projekt zu widersprechen, wurde per Abstimmung vom Tisch gefegt. Ich denke, den Unsinn, den das Land will, sollten wir in der Stadt nicht fortsetzen. Die Stadt könnte sich eine Million einsparen. Erwähnen möchte ich, dass der Antrag der Fraktion Die LINKE/DKP die Gewerbesteuer zu erhöhen, um die durch die Finanzkrise gebeutelte Stadt etwas zu entlasten, ebenso von der Mehrheit abgelehnt wurde.

BLICKPUNKT-Frage: Der Haushaltsplan der Stadt Heidenheim ist im Dezember 2010 verabschiedet worden. Wie wurden Eure Anträge behandelt?

Stadtrat Püschel: Wie gesagt, unsere Anträge sind bei wenigen Ja-Stimmen alle abgelehnt worden. So z.B. der Antrag unserer Fraktion zum Stellenplan. Die Stadtverwaltung will Personal einsparen, weil es der größte Ausgabenposten sei. Nun handelt es sich dabei nicht nur um Stellen, sondern um Menschen. Unser Antrag beruht auf einer Stellungnahme des städtischen Personalrates. D.h. wir beantragten zusätzliche sechs Arbeitsplätze, darunter die des Streetworkers, der unheimlich gute Arbeit leistet.

BLICKPUNKT-Frage: Neben den gemeinsamen Anträgen (Linke/DKP) hast Du auch eigene Anträge gestellt?

Stadtrat Püschel: In unseren gemeinsamen Vorberatun-

gen haben wir uns mit 10 Anträgen befasst. Fünf davon sind dann von mir selber eingebracht worden.

BLICKPUNKT-Frage: Um was ging es bei diesen Anträgen?

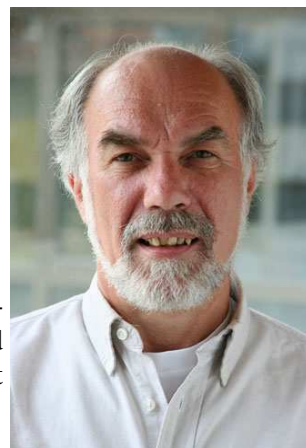
Stadtrat Püschel: Wie gesagt, die Kommunen sind hoch verschuldet. Nicht die Bürger sind daran schuld, sondern die Politik der Bundes- und Landesregierung. Wie in den vergangenen Jahren habe ich auch diesmal den Antrag für ein Zinsmoratorium gestellt. Die Banken verdienen viel Geld an der enormen Verschuldung der Stadt. Mit dem Zinsmoratorium sollte die Zinszahlung für eine gewisse Zeit ausgesetzt werden. Banken und Stadtverwaltung sollten miteinander verhandeln. Es muss doch eine Alternative geben, wie man an die notwendigen Gelder herankommt. Die finanziellen Probleme dürfen doch nicht immer nur an die Bürger und Bürgerinnen weitergegeben werden.

BLICKPUNKT-Frage: Um was geht es bei der ÖPNV Abgabe?

Stadtrat Püschel: Bei der letzten Sitzung des Technik- und Umweltausschusses (TU) haben wir Stadträte uns Gedanken gemacht, wie wir die Parkplatz-Probleme lösen können. Die Bürger klagen zu Recht, dass vor ihren Haustüren fremde Autos parken. Die Stadt löst dieses Problem mit erhöhten Parkgebühren. Das aber ist keine Lösung!

BLICKPUNKT-Frage: Wie sieht Deine Lösung aus?

Stadtrat Püschel: Schon immer hat die DKP eine Verbesserung des Bus-Nahverkehrs (ÖPNV) gefordert. Mehr Einstiegsmöglichkeiten, kürzere Wartezeiten und finanziell billigere Fahrkarten erleichtern die Möglichkeit zum Umsteigen auf den Busverkehr. Diese gute Erfahrung hat die HVG kürzlich selbst bestätigt. Wir sagen, dass die Nutznießer, wie die großen Betriebe oder die großen Einkaufszentren, sich mit einer Abgabe an den Fahrkosten beteiligen sollen. Die Parkplatznot wird sich verringern und die Umwelt wird geschont.



Reinhard Püschel
DKP Stadtrat



Landtagskandidat Wilhelm Benz und DKP Stadtrat Püschel, sowie unten Johann Holzheu bei Besprechungen und öffentlichen Erläuterungen des DKP Gestaltungsvorschlag -Plouquet-Areal-



Knackt die Rüstungskassen - ARBEIT - für die Massen!

Die Finanznot der Kommunen bleibt

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer könnte helfen

Wie zu erwarten war, hat die Weltfirma Voith auch im vergangenen Geschäftsjahr ein neues Rekordergebnis erzielt. Der Umsatz stieg auf eine neue Obermarke von fast 5,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig liegen Aufträge für rund 5,3 Milliarden Euro vor. Nicht ungewöhnlich ist die Strategie bei Konzernen, die Mitarbeiterzahl abzubauen. Weltweit waren es 3600 Arbeitnehmer von denen sich Voith noch vor Jahresfrist trennte. Jetzt will man, vor allem im Ausland, 400 neue Stellen

schaffen. Den Zahlen zufolge sind es am Heimatort Heidenheim 124 Arbeitsplätze weniger, also 4478 anstatt 4511. Manche werden jetzt sagen, dass dieses gute Geschäftsergebnis auch auf Kosten der Beschäftigten zu erreichen war.

Nicht nachvollziehbar ist und bleibt die hartnäckige Weigerung der Stadtverwaltung und des Gemeinderats, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Gewerbesteuer zahlen in Heidenheim eh nur die großen Unternehmen wie

Voith, Hartmann, Edelmann, Schwenk und die könnten aufgrund ihrer guten Bilanzen etwas mehr für die miese Finanzsituation der Stadt tun. Eine solche Erhöhung beantragte die Fraktion „Die Linke/DKP“ im Rahmen der städtischen Haushaltsberatungen. Wie gesagt, Stadtverwaltung und Gemeinderat haben einer Erhöhung der Gewerbesteuer die Zustimmung verweigert. Erst kürzlich aber die Bestattungsgebühren, Parkgebühren und die Hundesteuer erhöht. ★

Heidenheim eine Wohnstadt?

Die Jahresbotschaft von OB Ilg

Wie immer zum Jahresende die kommunale Glücksbotschaft aus dem Rathaus: Heidenheim ist Spitze und OB Ilg arbeitet für die Zukunft an der Wohnstadt. Er allein? Für wen? Mit externen Beratern wolle er der Stadtentwicklung einen 20 Jahresplan verpassen. Warum Externe? Fragen wir doch als erstes die Einheimischen was sie wollen. Bürgerbestimmt, nicht Fremdbestimmt, ist eine moderne Kommunalpolitik. Das Ploucquet-Areal soll mit Exklusivwohnungen bebaut und VOITH soll sich weiter ins Stadtbild fressen können. Eine

breite Brenzaue, naturiert mit großzügiger, weiträumiger Bebauung, mit notwendigen öffentlichen Einrichtungen, Kultur und Freizeit, scheint nicht mehr realisierbar. Privatisierte Wohnleuchttürme werden die Köpfe im Rathaus beherrschen.

Nicht vergessen sollten die BürgerInnen und die Gagfah-Mieter den Aktien-Deal mit den GBH-Wohnungen. Eine Wohnstadt, die ihre Mieter den Gagfah-Spekulanten mit ihren Sorgen überlässt, kann nie eine richtige Wohnstadt werden. ★

Ohne Aussprache

Haushaltsplan 2011 im Dezember verabschiedet

Es ist schon beachtlich, dass in einer Zeit, in der die Finanzkrise landauf und landab die öffentlichen Haushalte beherrscht, allen anwesenden Ratsmitglieder bei der Verabschiedung des Haushaltsplans 2011 die Stimme versagt blieb. Weder die CDU/Freie Wähler/FDP-Räte, noch die Räte der bürgerlichen Mitte von SPD und Grüne fanden Worte zu den auch von ihnen in den Ausschüssen beratenen Haushaltspositionen. Vertraute Einheit oder abgesprochene Haushaltsdisziplin? Kein Wunder, diese Parteien sicherten dem

Sparhaushaltsentwurf 2011 die größtmögliche Mehrheit.

Ohne Stellungnahme blieben die zwei Gegenstimmen der Mitglieder der Fraktion Die Linke/DKP zum Haushaltsplan 2011. DKP Stadtrat Püschel war wegen Krankheit bei dieser Gemeinderatssitzung verhindert.

Zur Aufklärung und zum Verständnis der Ablehnung des Haushaltsplans 2011 gegenüber der Öffentlichkeit wäre eine politische Begründung, warum die Linke im Rat den Haushaltsplan 2011 abgelehnt hat, hilfreich gewesen. ★



Weg mit dem Milliarden-Mappus in Baden-Württemberg



Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und andere Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 03
Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen.

Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.

Ich möchte



mehr Infos über die DKP

Name, Vorname

UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen

Straße, Hausnummer

Kontakt zur DKP in meiner Nähe

PLZ, Ort

Mitglied der DKP werden

Einsenden an: DKP Heidenheim
Reinhard Püschel,
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim

Telefon: (07321) 92 42 06
Fax: (07321) 92 42 06
E-Mail: pueschel-reinhard@t-online.de

E-Mail-Adresse

Sonstige Informationen an die DKP:

Informationen der DKP an Infoständen und bei DKP Stadtrat Reinhard Püschel



Die DKP eine Partei der LINKEN in der BRD

